



GEMEINSAM
für soziale
Gerechtigkeit

ENSEMBLE
pour la justice
sociale

INSIEME
per la giustizia
sociale

UNIA

Resolution

Nein zum Angriff auf den Gesundheitsschutz im Arbeitsgesetz: Nein zu 17-Stunden- Arbeitstagen!

Aktuell laufen mehrere, massive Angriffe auf den Schutz und die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Arbeitsgesetz. Dabei ist das Arbeitsgesetz das zentrale Gesetz, welches die Arbeitszeiten und den Schutz der Gesundheit regelt.

Die geplanten Verschlechterungen stellen eine grosse Gefahr für die Gesundheit der Beschäftigten dar. Denn lange Arbeitszeiten und verkürzte Ruhephasen sind ein direkter Risikofaktor für Burnout, Schlafstörungen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Depressionen.

Gefährliche Aushöhlung des Arbeitsgesetzes

Der Nationalrat hat in der Herbstsession eine Revision des Arbeitsgesetzes beschlossen, die potenziell Millionen Arbeitnehmende betrifft und deren Arbeits- und Familienalltag massiv verschlechtern würde. Wer z.B. am Morgen oder Abend Gleitzeiten hat oder teilweise flexible Arbeitszeitmodelle oder Arbeitsorte hat, kann betroffen sein. Unter dem Vorwand der «Flexibilisierung» drohen längere Arbeitszeiten, kürzere Ruhezeiten und Sonntagsarbeit ohne Zuschläge in allen Branchen.

Konkret sieht die Vorlage vor, dass Arbeitnehmende künftig an bis zu neun Sonntagen pro Jahr fünf Stunden ohne Bewilligungspflicht arbeiten müssen – und zwar auf Anordnung des Arbeitgebers, ohne Lohnzuschlag. Zudem soll die Tages- und Abendarbeit auf bis zu 17 Stunden ausgedehnt und die gesetzlich vorgeschriebene Ruhezeit auf lediglich neun Stunden verkürzt werden können. Damit müssten Arbeitnehmende von 6 Uhr bis 23 Uhr verfügbar sein. Selbst die Mindestruhe soll unterbrochen werden dürfen, wenn «dringende Tätigkeiten» anfallen. Alles, was es braucht, um von dieser massiven Deregulierung betroffen zu sein, sind ein bisschen Gleitzeit und einen minimalen Teil der Arbeit ausserhalb des Betriebs leisten zu können (sogenannte «Telearbeit»). Die Arbeitgeber werden praktisch dazu aufgefordert, dies einzuführen, da ihnen dadurch die Arbeitnehmenden zwischen 6 und 23 Uhr zur Verfügung stehen und sie sie auch noch am Sonntag arbeiten lassen können – ohne Zuschläge. Problematisch ist auch das vorgeschlagene Modell für Telearbeit: Beschäftigte riskieren, dauerhaft von ihren Arbeitsplätzen verdrängt zu werden, ohne Anspruch auf Rückkehr. Millionen Beschäftigte könnten so in die Falle von Arbeitsmodellen geraten, in denen die Grenze zwischen Arbeit und Freizeit völlig verschwimmt.

Die Vorlage strotzt vor schwammigen Begriffen, schafft unklare Abgrenzungen und macht eine wirksame Kontrolle praktisch unmöglich. Arbeitsinspektorate müssten neu auch Einsätze in Privathaushalten überwachen. Unter dem Deckmantel der «Flexibilisierung» wird in Wahrheit der Schutz der Beschäftigten geschwächt. Statt mehr Freizeit, Gesundheitsschutz und Familienfreundlichkeit drohen längere Arbeitstage, weniger Ruhe, mehr Druck, ständige Verfügbarkeit und eine weitere Aufweichung des arbeitsfreien Sonntags.

Klare gewerkschaftliche Forderungen an das Parlament

Der Ständerat wird voraussichtlich in der Wintersession 2025 darüber entscheiden. Diese Revision muss gestoppt werden. Wir verlangen daher:

- Klare Begrenzung der täglichen Arbeitszeit – keine Verlängerung auf 17 Stunden.
- Garantierte Ruhezeit von mindestens elf Stunden ohne Ausnahmen.



GEMEINSAM
für soziale
Gerechtigkeit

ENSEMBLE
pour la justice
sociale

INSIEME
per la giustizia
sociale

UNiA

- Keine Aufweichung des Sonntagsarbeitsverbots (inklusive Zuschläge).
- Kein Konstrukt, das Beschäftigte dauerhaft ins Homeoffice zwingt.
- Stärkung statt Schwächung des Gesundheitsschutzes und der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit.

Die aktuelle Revision des Arbeitsgesetzes ist ein Frontalangriff auf elementare Errungenschaften des Arbeitnehmer:innenschutzes. Wir werden uns mit allen Mitteln gegen diesen massiven Angriff auf den Gesundheitsschutz und die Rechte der Arbeitnehmenden wehren, wenn nötig auch mit einem Referendum.